

Tagung

Gewerkschaftliche Politik in der Krise?

Zu einer Tagung des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt

Der Veranstaltung am 10. und 11. Oktober 1974 lag der Abschluß einer Studie des Instituts zum „Problem der Gewerkschaften in der BRD — Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen“ zugrunde, die an der Entwicklung gewerkschaftlicher Tarifpolitik nach 1945 eine umfangreiche Kritik entfaltet. Kernpunkte dieser Kritik wurden in der einführenden Plenumsveranstaltung zusammengefaßt und dann in fünf Arbeitsgruppen um die wesentlichen Teilaspekte gruppiert. Als solche wurden aufgeführt: *Einkommenspolitik und Tarifpolitik (AG I)*, *Gewerkschaftliches Bewußtsein (AG II)*, *Betriebliche Lohnpolitik (AG III)*, *Innergewerkschaftliche Willensbildung (AG IV)*, *Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (AG V)*. Zu jedem dieser Unterpunkte wurden ein Thesenpapier eines Institutswissenschaftlers vorgelegt und in der Regel zwei Korreferate gehalten. Daran waren mit den Kollegen R. Seitenzahl (WSI — AG I) und K. Engel (ÖTV — AG V) auch die Gewerkschaften beteiligt.

Es ist sicher begrüßenswert, daß ein Institut, das vor wenigen Wochen sein 50-jähriges Jubiläum beging und in einer großen Tradition sozialphilosophischer und kultursoziologischer Wissenschaft steht (*Horkheimer, Adorno, Habermas, Marcuse u. a.*), sich heute vorrangig mit der empirischen Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der BRD auseinandersetzt. Im Mittelpunkt der neueren Forschungsarbeit des Instituts steht die Arbeitssituation abhängig Erwerbstätiger und deren Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation. Ob in dieser Arbeitsperspektive ein fruchtbarer Ansatz zur Analyse

und zur strategischen Konzeption aktueller Gewerkschaftspolitik entwickelt werden kann, soll die folgende knappe Auseinandersetzung mit den wichtigsten Thesen der IfS-Wissenschaftler zeigen. Die Argumentation stützt sich dabei auf die vorgelegten Referate und Korreferate sowie die nachfolgenden Diskussionen.

Zunächst die Institutionsthese:

1. Gewerkschaftliche Politik seit 1945 ist in erster Linie Tarifpolitik und daher an Lohnkämpfe gebunden. Der zentrale Stellenwert des Tarifs/Lohnes für die Gewerkschaften wird in der bisherigen Forschung zu wenig berücksichtigt. Das IfS macht sich zur Aufgabe, diesen Aspekt systematisch zu analysieren und daraus gewerkschaftliche Handlungsstrategien abzuleiten und kritisch zu werten.

2. Neue ökonomische Entwicklungen haben die Gewerkschaft im Spätkapitalismus vom traditionellen Klassenkampfmuster getrennt. Gewerkschaftliches Handeln ist heute in die kapitalistische Makroökonomie eingebunden (z. B. Konzertierte Aktion). Die Tarifpolitik wird zentralisiert und so die Mitarbeit der Gewerkschaft am wirtschaftspolitischen Konzept der staatlichen Einkommenspolitik ermöglicht. Zugleich aber bleibt die Tarifautonomie ein potentieller Störfaktor des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Insgesamt gesehen löst die gewerkschaftliche Orientierung an wirtschaftlichen Globaldaten eine zunehmende Legitimationskrise gegenüber den Mitgliedern aus, denn die „gesamtwirtschaftliche Vernunft“ steht gegen das dichotomische Weltbild großer Teile der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaft steht vor dem Dilemma, daß die Interessenvertretung der Mitglieder und die Berücksichtigung stabilitäts- und wachstumspolitischer Erfordernisse tendenziell auseinanderfallen.

3. Ergebnis und Lösungsversuch dieses in der heutigen Gewerkschaftspolitik angelegten Widerspruchs ist eine pragmatische Schaukelpolitik, deren Prioritäten von den Steigerungsraten des Preisniveaus und der

Arbeitsproduktivität als Obergrenze für Lohnabschlüsse gesetzt werden. Objektiv gesehen, wird die Gewerkschaft *kooperativ*. Dies führt dazu, daß erstens der Streik eine zweischneidige Waffe wird — Druckmittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen versus Radikalisierung der Streikenden durch die Solidaritätserfahrung — zum zweiten aber auch strukturelle Probleme innerorganisatorischer Art entstehen: Die Manteltarifpolitik der Tarifkommissionen entfernt sich zunehmend von -der Ebene betrieblicher Lohnpolitik; großflächige Tarifverträge eröffnen zugleich einen großen Spielraum für betriebsspezifische Verträge, die bis zu 30 Prozent über dem Tarif liegen.

4. Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten hochentwickelter kapitalistischer Ökonomien (Stagflation, Arbeitslosigkeit, Umweltbelastungen, zunehmende Abhängigkeit von Rohstoffen, Multinationale Konzerne, Supranationale Integrations-schwierigkeiten) führen zu einer verringerten Konzessionsbereitschaft des Kapitals und folgerichtig langfristig zu enttäuschten Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder (besonders bei Reallohnstagnation). Spontane Arbeitsniederlegungen, also die öffentliche Aufkündigung der Folgebereitschaft, sind die angeblich unabweichlichen — weil in der Mechanik der Kapitalentwicklung angelegten — Konsequenzen, mit denen eine kooperative Gewerkschaft heute schon konfrontiert ist.

Um der Auflösung der Interessenidentität von gewerkschaftlicher Organisation und Mitgliedschaft entgegenzuwirken, muß die Gewerkschaft zu ihrer alten, konfliktorientierten Politik zurückfinden. Im einzelnen heißt das: die Systemgrenzen durch verstärkte Aufklärungsarbeit, Mobilisierung der Mitgliedschaft, Wiedergewinnung unbedingter Tarifautonomie und konsequente Praktizierung innerorganisatorischer Demokratie deutlich machen. Erst eine solche Gewerkschaftspolitik kann als emanzipationsorientiert eingestuft werden.

Die wesentliche *Kritik an den 4 Thesen* wurde von einem Korreferat von

M. Schumann/SOFl, Göttingen, und den ausführlichen Korreferaten der Arbeitsgruppen sowie den teilweise sehr intensiven AG-Diskussionen geleistet. An dieser Auseinandersetzung nahmen auch Betriebsräte und Vertrauensleute regen Anteil.

1. Da die Tarifpolitik der Gewerkschaften immer auf die Systemzwänge des Kapitals reagieren muß, um überhaupt den ökonomischen und sozialen Status quo wahren zu können, ist sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sozusagen zwangsweise *auch* kooperativ. Darauf wies vor allem Kollege Seitenzahl hin, der die notwendige Pragmatik heutiger Gewerkschaftspolitik exemplarisch an verschiedenen Stadien der Konzertierten Aktion und der Problematik eines dualen Lohnforderungssystems darlegte. Im übrigen sei die pauschale Rede von „den Gewerkschaften“ für die relativ starken Einzelgewerkschaften in der BRD in ihrer Heterogenität nicht zutreffend.

Die zu diesem Aspekt eigentlich systematisch passende Frage betrifft vielmehr die geeignete *Form* der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen gegen -das Kapital. Die blanke Analyse der Realität weist noch keineswegs auf konkrete Vorschläge und Maßnahmen hin, die gewerkschaftspolitisch, nach Maßgabe des Arbeitnehmerbewußtseins und der relativen Stärke des Kapitals auch eine reelle Umsetzungchance haben. So gesehen, ist die Alternative „kooperativ versus konfliktorientiert“ nur ein Verbalakt.

2. Der Ansatz der IfS, die Analyse gewerkschaftlichen Handelns an der Tarifpolitik festzumachen, ist im Grunde überholt. Mit einem derartigen Ansatz wird die Erklärung und konzeptionelle Einordnung von gewerkschaftlichen Forderungen an die Kapitalseite, die beispielsweise eine Humanisierung von Arbeitsbedingungen betreffen, sehr schwierig. *B. Lutz*/München etwa vertrat diese These, wenn er dem Leistungslohn jeder Form eine langfristig abnehmende Relevanz zuschreibt und statt dessen eher qualitativen Momenten der Verbesserung des Arbeits-

platzes steigende Bedeutung in der Zukunft beimißt.

3. Auch die Umstellung einer tendenziellen Spaltung von Mitgliederinteresse und Gewerkschaftsorganisation infolge des Systemzwangs (der sich in der Allgemeinen Wirtschaftspolitik mit ihren 4 interdependenten klassischen Zielen: wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht äußert), entspricht weder der Realität noch ihrer absehbaren Entwicklung. In der wirtschaftlichen Zyklenskrise reduzieren die Arbeitnehmer eher ihre Reallohnansprüche zugunsten der Arbeitsplatzsicherheit. Diese Reaktion müßte die IfS-Wissenschaftler eigentlich zu einer Revision ihres strikt tarifpolitischen Ansatzes führen.

4. Selbst wenn man eine Krise „der Gewerkschaften“ unterstellt, eröffnet der oben unter These 4 skizzierte Ausweg einer konfliktorientierten und letztlich emanzipatorischen Gewerkschaftspolitik noch nicht per se eine gangbare Perspektive. Zum einen ist eine bewußt krisenverschärfende, militante Lohnpolitik in ihrer gesamtpolitischen Konsequenz völlig unabsehbar (die IfS-Studie legt auch kaum Material zur Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeitnehmer vor) und führt mitnichten mechanisch zu einer Bewußtseinssteigerung der Arbeitnehmerschaft und damit in Ansätzen zur Überwindung des kapitalistischen Produk-

tionssystems. Zweitens aber — und das vor allem — genügt es nicht, ein Gegenmodell zur angeblich praktizierten kooperativen Gewerkschaftspolitik nur in sehr vagen Strichen anzugeben und die gewerkschaftliche Umsetzbarkeit auf höchst abstrakte Forderungen zu beschränken. Dieses Verdikt gilt doppelt, da man eine breit fundierte empirische Absicherung der IfS-Thesen in der Studie oft vergeblich sucht.

Bringen wir das Ergebnis des Kongresses auf eine strategische Formel: Gewerkschaftliche Politik als wohl wichtigster Schnittpunkt von Kapital und Arbeit erfreut sich eines zunehmenden Interesses der politisch engagierten Wissenschaft. Natürlich bleiben einige der Thesen zur Analyse und Politik des Verhältnisses von Arbeitnehmern zu ihrer Organisationen noch im radikal akademischen Bereich. Sie verkennen die oft prekäre Situation der Gewerkschaften unter spät-kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Grundsätzlich aber bieten Kongresse wie der des IfS das immer wichtiger werdende Forum zur Aussprache und zum Erfahrungsaustausch von politisch schon bewußter Arbeitnehmerschaft, Gewerkschaftsorganisation und engagierter Wissenschaft. Alle Beteiligten können es sich heute wohl weniger denn je leisten, auf Bundesgenossen zu verzichten, deren Kritik konstruktiv gedacht ist.

Wolfgang Lecher